

Spenden gesucht

Die Karawane ist nicht ganz billig, zumal viele AktivistInnen ohne kollektive Unterstützung nicht teilnehmen könnten – Stichwort: prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Afrique-Europe-Interact ist daher auf Spenden dringend angewiesen, zur Orientierung seien einige unserer Ausgabenposten genannt:

- ✘ 1 x Ausstrahlung Karawane-Spot im TV/Mali: 153 Euro
- ✘ 1 x Flugticket Frankfurt-Bamako-Frankfurt (für 20 Leute): 650 Euro
- ✘ 1 x Neukauf Lautsprecheranlage für Karawane (bleibt in Mali): 2.300 Euro
- ✘ 1 x 4-seitige Massenzeitung als taz-Beilage (24.12.): 4.000 Euro

Grundsätzlich ist jede Spende willkommen – ob 10, 100 oder 500 Euro. Wer viel spendet, erhält als Dankeschön im Frühjahr 2011 die Video-Dokumentation unserer Karawane (was viel ist, liegt im Ermessen jedes/r Einzelnen). Ansonsten sind Spenden steuerlich absetzbar, Adresse ggf. bitte mitteilen. Der jeweils aktuelle Spendenbedarf ist auf unserer Webseite abrufbar.

Initiative Zusammen Leben e.V.

Name: J. Hackert

Konto-Nr.: 174 496 53

BLZ 120 300 00

Bank: DKB // Stichwort Karawane WSF

KONTAKT

MAIL: AFRIQUE_EUROPE_INTERACT@YAHOO.DE

TEL.: 01578/4852921



WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET



⊙ KARAWANE ZUM WELTZOZIALFORUM 2011 – SPENDEN GESUCHT!

VON BAMAKO (MALI) NACH DAKAR (SENEGAL) VOM 26.01.–11.02.2011

FÜR BEWEGUNGSFREIHEIT & GERECHTE ENTWICKLUNG! // WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen

Es wäre falsch, Afrika als bloßen Katastrophenkontinent abzustempeln. Dennoch führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass in den allermeisten Ländern südlich der Sahara große Teile der Bevölkerung ein Leben am Rande bzw. unterhalb des Existenzminimums führen. Um so dramatischer ist, dass die EU schon seit Mitte der 1990er Jahre einen regelrechten Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen führt. Über 20.000 Menschen haben die militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen bereits mit dem Leben bezahlt, hinzu kommen Massenabschiebungen und krasseste Menschenrechtsverletzungen – sowohl innerhalb der EU als auch in Transitländern wie Marokko oder Libyen.

Afrique-Europe-Interact

Unser transnational organisiertes Netzwerk Afrique-Europe-Interact ist eine direkte Antwort auf die aktuelle Situation. Beteiligt sind unterschiedliche Basisinitiativen aus Deutschland, Mali, den Niederlanden und Österreich – nicht zuletzt selbstorganisierte Flüchtlings-, MigrantInnen- und Abgeschobenen-Gruppen. Mit unseren Aktivitäten möchten wir einen Beitrag zur Durchsetzung der zivilen, politischen und sozialen Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen leisten, insbesondere was das *Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit* betrifft. Nicht weniger wichtig ist uns *das Recht zu bleiben*, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbst-

bestimmten Bedingungen zu führen. Zu Afrique-Europe-Interact gehören deshalb auch Basisinitiativen und Netzwerke, die sich gegen neokoloniale Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse zur Wehr setzen – beispielhaft erwähnt sei der derzeit stattfindende Ausverkauf afrikanischer Böden an global operierende Investmentfonds, Banken und Konzerne.

Bamako-Dakar-Karawane

Was uns eint, ist die gemeinsame Überzeugung, dass sich an den derzeitigen Verhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Afrique-Europe-Interact ruft deshalb zu einer transnational zusammengesetzten Bus-Karawane von Bamako nach Dakar auf, inklusive gemeinsamer Teilnahme am nächsten *Weltsozialforum* in Dakar (25.01. bis 11.02. 2011). Erwartet werden 250 TeilnehmerInnen, davon 50 aus Europa – die Karawane wird zudem von mehreren JournalistInnen und MedienaktivistInnen aus beiden Kontinenten begleitet. Konkretes Ziel der Karawane ist einerseits die Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit lokal verankerten Gruppen in Mali und Senegal, andererseits der Aufbau politischen Drucks. Neben Erfahrungsaustausch und öffentlichen Versammlungen sind daher auch mehrere Aktionen geplant – unter anderem gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex.
